

Die Woche im Blick

Annäherung von SPD und CSU in der Gesundheitspolitik: Seehofer vollzieht neuerlichen Kurswechsel 2

Der Wunsch des Patienten zählt nicht, nur der Kassenvertrag: Falsch-Abrechnung kann die Praxis kosten 5

GOZ-Mitarbeiter und Patienten vorbereiten: Schon jetzt sollten Sie mit dem Euro rechnen 8

Nachhaftungsversicherungen bei Praxisaufgabe überflüssig: Schäden durch Berufshaftpflicht gedeckt 9

Zahnmedizin

Komposit-System auf Basis der natürlichen Schichttechnik – ein Praxisbericht: Ein neuer Weg in der ästhetischen Füllungstherapie 6

Praxis aktuell

Zahnarztpraxen führen freiwilliges Qualitätsmanagement ein: Gesunde Zähne sind eine Lebensversicherung 10

Forschungspreis der AG Keramik 11

Legierungen in der Zahnheilkunde – Herstellungsverfahren: Alternative Schmelzverfahren 12

Internetseite 13

Leserforum 7

minister Grenzen der zumutbaren Auslastung

Deutsche sollen private Gesundheitsvorsorge aufbauen

Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat eine überraschende Initiative zur Reform des Gesundheitswesens gestartet. Müller will die Kranken- und Pflegeversicherung durch private Vorsorge ergänzen beziehungsweise weitgehend ersetzen. Dadurch soll die Eigenverantwortung der Bürger gestärkt werden. So steht es in seinem „Wirtschaftsbericht 2001“, der vergangene Woche offiziell vorgestellt wurde.

Nach Müllers Plänen sollen die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung den Arbeitnehmern als Lohn ausbezahlt werden. Diese finanziellen Mittel müssen für den Aufbau der privaten Vorsorge genutzt werden. „Dann könnte auch in der Krankenversicherung ein Einstieg in die kapitalgedeckte Vorsorge gelingen“, heißt es im Wirtschaftsbericht.

Mit seinen Vorschlägen geht der „parteilose“ Wirtschaftsminister noch weiter als Bundeskanzler Schröder in den Vorschlägen zur Gesundheitsreform, die aus seinem Hause bekannt geworden waren und auf eine Grundversorgung im Rahmen von Einkaufsmodellen – wir berichteten – hinauslaufen. Auch das Kanzleramtspapier sieht zusätzliche

private Vorsorge vor, allerdings wird im Schröder-Papier eine Umstellung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) weg von der beitragsgedeckten auf eine „kapitalgedeckte Privatvorsorge“, als nicht finanzierbar bezeichnet. Dies wegen der hohen Übergangskosten, die aus dem Staatshaushalt geleistet werden müssten.

So kam nicht aus dem Kanzleramt, sondern aus dem Gesundheitsministerium – einem Teil der Regierung –, wie ein Regierungssprecher erklärte, der Widerspruch zu Müllers Vorschlägen. Die Regierung habe, so heißt es, nicht die Absicht, „von der solidarischen Krankenversicherung abzugehen.“ Die Gewerkschaften reagierten empört auf Müllers Vorschläge. Unterstützung (Fortsetzung auf Seite 4)

Selbst Wissenschaftler streiten sich:

Braucht man eigentlich noch Backenzähne?

Während bei der Bevölkerung in Spanien, Irland, Frankreich oder Italien fehlende Zähne, ob in der Front oder im Seitenzahnbereich, oft zu sehen sind, werden in Deutschland zumindest fehlende Frontzähne gesellschaftlich nicht akzeptiert.

Doch neben den unterschiedlichen Ansprüchen an die Ästhetik scheinen sich auch an der Funktion der Backenzähne die Geister zu scheiden: Die Wissenschaftler sind sich über die funktionelle Notwendigkeit von Backenzähnen gar nicht so einig.

Fehlende Backenzähne schädigen das Kiefergelenk, weil das Kauen nach vorn verlagert wird, behaupten die einen. Andere sagen, dass das weiter nach vorn verlagerte Kaugeschehen und das

Wandern der gegenüberliegenden Zähne vom Kiefer problemlos toleriert wird. Um zu klären, ob der Ersatz von großen Backenzähnen notwendig ist, hat die prothetische Poliklinik der Uni Greifswald im Verbund mit elf weiteren Universitäten unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Michael Walther (TU Dresden) im vergangenen Herbst eine Studie begonnen. In der Studie werden die beiden bewährten Therapiekonzepte miteinander verglichen

Lektion für die Ersatzkassen in Nordrhein

Abenteuerliche Forderungen gehörten in den letzten Jahren landauf, landab schon zum Verhandlungsritual der Ersatzkassen und verhinderten sachgerechte Vergütungsverträge. Zumeist müssen die Landesschiedsämter entscheiden. In der diesjährigen Honorarauseinandersetzung mit den Ersatzkassen konnte sich die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV) Nordrhein erneut in vollem Umfang durchsetzen.

Die Budgets steigen im höchstzulässigen Umfang von 1,63 Prozent. Die Punktwerte werden um 1,63 Prozent erhöht, für ZE und KfO vom 1. Juli bis 31. Dezember 2001 um 3,26 Prozent. Besonders wichtig aber ist für ZA Ralf Wagner und für Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzende der KZV Nordrhein, dass die Ersatzkassen die abenteuerliche Forderung einer Budgetabsenkung um 52 Millionen DM aufgegeben haben. Das Ziel der KZV Nordrhein, keine Budgetstreitigkeiten aus Vorjahren erledigen zu müssen, ist somit auch für das Jahr 2000 erreicht.

Eisig war das Klima in den letzten Wochen in Nordrhein. Die Ersatzkassen hatten einen Vertrag, der am 12. März 2001 ausgehandelt und Wort für Wort schriftlich abgestimmt worden war, auf Geheiß der Bundes-

ebene nicht unterzeichnet, weil der Nordrhein-Vertrag angeblich für die Zahnärzte zu günstig sei und die Verhandlungen in den anderen Bundesländern negativ präjudizieren würde. Außerdem sei die Basis in Nordrhein als Folge des günstigen Schiedspruchs des Jahres 2000 ohnehin um 52 Millionen DM überhöht. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen hätten die Ersatzkassen angedroht, die Vergütungsbasis um diese 52 Millionen DM absenken zu wollen und auch die Klage gegen den Schiedspruch des Jahres 2000 insofern auszudehnen.

Patienten informierten sich bereits über einen Kassenwechsel

Die KZV Nordrhein hat mit einer Informationskampagne „Ersatzkassenversichert? Macht nichts.“

HELIOFOR

Galvanokä
ohne Kupf
für Implan
Sicher
korrosions

C. HAFNER
FÜR DENTALE EX

TEL. 0180-17231-01 BIS -06

30 A
4629/X
ale:
ZB MED. XXL
= Retard
OSTEOINDUCTAL®
Soft.Ject®
Soft.Retract®
Gmds
www.mds-dental.de
Medical & Dental Service GmbH
56203 Höhr-Grénzhausen
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0
Fax: 0 26 24 - 94 99 29